

## Protokoll

### **8. öffentliche Sitzung des Ausschusses Klima und Mobilität**

vom 31.05.2023, Ostbahnhof Dannenberg, Am Ostbahnhof 1, 29451 Dannenberg (E.)

#### Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

#### **Öffentlicher Teil**

- |      |                                                                                                                                                          |          |
|------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| .    | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung                                              |          |
| 1.   | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner                                                                                                             |          |
| 2.   | Umsetzung Kreistagsbeschluss zu TV-N bei der LSE GmbH; Beschlussfassung zu Verhandlungsergebnis                                                          | 2023/604 |
| 3.   | Evaluation AGFK-Mitgliedschaft und Beratung über die Fortführung der Mitgliedschaft                                                                      | 2023/580 |
| 4.   | Energetisches Quartierskonzept Schulcampus Dannenberg (Förderprogramm KfW 432)                                                                           | 2023/618 |
| 5.   | Antrag der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 28.04.2023: Fördermöglichkeiten Radverkehr                                                    | 2023/575 |
| 6.   | Antrag der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 28.04.2023: Sanierung des Radweges an der K8 mit einem Mineralgemisch                         | 2023/576 |
| 7.   | Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 12.05.2023: Finanzielle Unterstützung des LK bei Förderung von PV-Kleinanlagen durch Gemeinden | 2023/617 |
| 8.   | Mitteilungen und Anfragen, Kenntnissnahmen                                                                                                               |          |
| 8.1. | Fortschreibung des Masterplans 100% Klimaschutz                                                                                                          | 2023/621 |
| 8.2. | Anfrage der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 28.04.2023: Solarpaneele                                                                     | 2023/574 |
| 8.3. | Sachstandsbericht Förderprojekt „Neue Wege für neue Räder“                                                                                               | 2023/629 |
| 8.4. | Sachstand Machbarkeitsstudie Reaktivierung Jeetze(I)talbahn                                                                                              | 2023/607 |
| 8.5. | Beschaffung eines Radladers für den kommunalen Betriebsdienst                                                                                            | 2023/555 |
| 8.6. | Vergabe Auftrag Planung Ausbau K 31 Karmitz - Platenlaase                                                                                                | 2023/548 |
| 8.7. | Anfrage Bündnis90/Die Grünen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 16.05.2023: Haltestelle Restorf - Bus 8070                                                | 2023/627 |
| 8.8. | Sonstiges                                                                                                                                                |          |

#### **Nicht öffentlicher Teil**

- |     |                                            |  |
|-----|--------------------------------------------|--|
| 9.  | Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung   |  |
| 10. | Mitteilungen und Anfragen, Kenntnissnahmen |  |

#### Anwesend:

|                                                             |                              |
|-------------------------------------------------------------|------------------------------|
| KTA Beckmann, Uwe                                           |                              |
| KTA Carmienke, Christian                                    | anwesend ab 15:17 Uhr        |
| KTA Flöter, Anja                                            |                              |
| KTA Klepper, Hermann-Dieter                                 |                              |
| KTA Kretschmer, Sabine                                      |                              |
| KTA Tzscheuschler, Joachim                                  | anwesend bis 17:06 Uhr       |
| KTA Wiehler, Julie Vorsitzende                              |                              |
| KTA Allgayer-Reetze, Patricia                               |                              |
| KTA Hensel, Thorsten                                        |                              |
| beratendes Mitglied Busse, Michel                           | anwesend ab 15:19 Uhr        |
| beratendes Mitglied (Seniorenbeirat) Dannenberg, Manfred R. |                              |
| beratendes Mitglied Münch, Moritz                           |                              |
| stellv. beratendes Mitglied KliMo Neubauer, Martin          | Vertretung für Roland Ließ   |
| Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel                     | anwesend bis 15:07 Uhr       |
| Kreisbaudirektorin Stellmann, Maria                         |                              |
| Harlfinger-Düpow, Mareike - FDL Klimaschutz und Mobilität   |                              |
| Dittmer, Franziska - FD Klimaschutz und Mobilität           |                              |
| Fröhlich, Johann - FD Klimaschutz und Mobilität             |                              |
| Roux, Juliane - - FD Klimaschutz und Mobilität              |                              |
| Seifert, Tilmann - FD Klimaschutz und Mobilität             |                              |
| Schrodt, Manfred - gAÖR                                     | anwesend von 15:25-16:02 Uhr |

Es fehlen:

KTA Goebel, Dietmar

KTA Sperling, Udo

KTA Wiegrefe, Wolfgang

Beratendes Mitglied Ließ, Roland

Beratendes Mitglied Szorec, Gregor

entschuldigt

entschuldigt

**Beginn:** 15:00 Uhr

**Ende:** 17:45 Uhr

nichtöffentlicher Teil: - Uhr

Öffentlicher Teil

**. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

**Vorsitzende Wiehler** begrüßt zum Fachausschuss Klima und Mobilität und eröffnet die 8. öffentliche Sitzung um 15:00 Uhr.

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit werden ohne weitere Einwände festgestellt. Die Ladung wird um einen weiteren Unterpunkt ergänzt. Das Thema „Umsetzung Kreistagsbeschluss zu TV-N bei der LSE GmbH“ wird als TOP 2 aufgenommen. Die darauffolgenden TOPs verschieben sich um einen Zähler nach hinten. Die ursprünglichen TOPs 2 und 3 werden in der Reihenfolge getauscht.

**1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Es gab keine Fragen der anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

**2. Umsetzung Kreistagsbeschluss zu TV-N bei der LSE GmbH; 2023/604  
Beschlussfassung zu Verhandlungsergebnis**

**EKR Schermuly** erläutert den Sachstand anhand der Sitzungsvorlage, die den Fachausschussmitgliedern als Tischvorlage zu Beginn der Sitzung ausgehändigt wurde. Er sei darum gebeten worden, die finanziellen Auswirkungen zum TV-N bei der LSE GmbH darzulegen. Er erklärt, dass die Anlage zur Sitzungsvorlage aus zwei Teilen bestehe, die jeweils Bezug nähmen auf die zwei Abweichungen des Kreistagsbeschlusses vom 17.01.2023 zur Formulierung „... in Gänze“ sowie zum zweiten Teil des Beschlusses „Entgeltrelevante Bestandteile“. Anlage 1 enthalte die bereits bekannte Tabelle, die auch Grundlage des Kreistagsbeschlusses vom 17.01.2023 gewesen sei. Neu sei die Tabelle in Anlage 2: Hier seien die ersten vier Punkte zunächst nicht von Bedeutung, da sich diese auf das „... in Gänze“ bezögen. Für die zuletzt genannten Punkte in der Tabelle ab „Betriebliche Altersvorsorge“, die im Rahmen der Erstellung der Betriebsvereinbarung angepasst würden, habe die LSE GmbH die Vorteile und Auswirkungen aufgeführt. EKR Schermuly fasst zusammen, dass diese Anpassungen vorteilhaft für beide Seiten seien, da gewisse Schritte vereint würden und keine Mehrkosten entstünden.

**Vorsitzende Wiehler** dankt der Verwaltung für die schnelle Ausarbeitung der Sitzungsvorlage und bittet die Anwesenden Rückfragen zu stellen. Nachdem es keine Rückfragen gibt, bittet Vorsitzende Wiehler um die Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

**Ergänzend zum Beschluss des Kreistages vom 17.01.2023, unter auf Aufhebung soweit nötig, wird die Gesellschafterversammlung der LSE GmbH beauftragt, den zwischen den Tarifparteien ausgehandelten Anerkennungstarifvertrag, mit den ausgehandelten Abweichungen, anzunehmen und die Geschäftsführung der LSE GmbH anzuweisen, dass diese den Vertrag unterzeichnet, damit der Anerkennungstarifvertrag zum 1. August 2023 in Kraft tritt.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen - Ja-Stimmen: 5, Nein-Stimmen: 2, Enthaltung: 1.

[KTA Carmienke war zum Zeitpunkt der Abstimmung noch nicht anwesend – verspätete Ankunft um 15.17 Uhr.]

**Herr Seifert** erläutert den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage.

**KTA Beckmann** fragt, ob unter dem Oberbegriff „fahrradfreundlicher Kommunen“ auch Landkreise zu verstehen seien oder ob sich der Begriff „Kommune“ rein auf (Samt-)Gemeinden beziehe.

**Herr Seifert** antwortet, dass die Auszeichnung „fahrradfreundliche Kommune“ auch für Landkreise gelte.

**KTA Beckmann** stellt die Anschlussfrage, ob mit der AGFK-Mitgliedschaft auch gleichzeitig die einzelnen (Samt-)Gemeinden des Landkreises Mitglieder seien.

**FDL Harlfinger-Düpow** antwortet, dass diese Mitgliedschaft sich nur auf den Landkreis beziehe, da der Landkreis die Auszeichnung „fahrradfreundliche Kommune“ anstrebe. Gemeinden könnten jedoch eine eigene Mitgliedschaft abschließen. Der AGFK-Mitgliedbeitrag werde nach Größe der Kommune gestaffelt berechnet.

**KTA Flöter** fragt, ob Herr Seifert zu dem Thema mit den Samtgemeinden im Austausch stünde und zusammenarbeite.

**FDL Harlfinger-Düpow** erläutert, dass es im Rahmen des Mobilitätsmanagements eine Kooperation zwischen dem Landkreis und den Samtgemeinden gäbe und hier in Lenkungsgruppen zusammengearbeitet werden würde. Für das nächste Treffen der Lenkungsgruppe stünde das Thema Radverkehr auf der Agenda: Die Arbeit von Herrn Seifert werde hier vorgestellt sowie das Projekt „Neue Wege neue Räder“ besprochen. Darüber hinaus gehe es in der Lenkungsgruppe darum, weitere Maßnahmen zu entwickeln. Ein Thema sei zum Beispiel das Melden von Mängeln an Radwegen: Hier solle es eine zentrale Stelle geben, die diese Mängel aufnehme und deren Bearbeitung anstoße.

**KTA Flöter** merkt an, dass die Auszeichnung „Fahrradfreundliche Kommunen“ auch den Ausbau bzw. die Sanierung fahrradfreundlicher Radwege umfasse und dies im Landkreis noch ein weiter Weg sei. Sie fragt, welche Bedingungen zur Erfüllung der Bewerbung notwendig seien.

**FDL Harlfinger-Düpow** antwortet, dass sie das Antragsformular ausgedruckt habe und hier sehr viele Voraussetzungen erfüllt sein und Nachweise eingereicht werden müssten, um überhaupt eine Auszeichnung zu erhalten. Da zukünftig jedoch das Radverkehrskonzept angestrebt würde, das umfangreiche Maßnahmen enthalten werde, könne man darin priorisieren, welche Investitionen in welche Maßnahmen in den kommenden Jahren getätigt werden müssten, um fahrradfreundlich zu werden. FDL Harlfinger-Düpow ergänzt, dass Herr Seifert als Radverkehrskoordinator nun an Board sei und diverse Themen in dem Bereich anstoßen könne.

**KTA Klepper** wendet ein, dass einige Maßnahmen wie z.B. die Radverkehrszählung oder eine Bestandsaufnahme der Radwege nicht notwendig seien; die Notwendigkeit für die Sanierung der Radwege sei ja bekannt. Man könnte Zeit sparen und diese in andere Maßnahmen investieren.

**Herr Seifert** antwortet, dass er jederzeit bereit zum Austausch sei. Für die Entwicklung eines Radverkehrskonzepts müssten jedoch gewisse Standards eingehalten und erfüllt werden, um z.B. zukünftig Fördergelder für einzelne Maßnahmen zu erhalten.

**KTA Klepper** ergänzt, dass er von den aufgeführten Punkten in der Sitzungsvorlage vor allem Punkt 3 „Öffentlichkeitsarbeit“ besonders wichtig fände. Hier seien alle Informationen enthalten, die die SOLI-Partei zur Vorbereitung ihres Antrags unter TOP 5 für die Förderung des Radverkehrs ebenfalls umfasse.

**KTA Tzscheutschler** stellt dar, dass in Clenze die Sanierung der gesamten Ortsdurchfahrt der L261 anstelle über eine Strecke von ca. 2,5 km. Es gäbe in dem Ort massive Probleme mit der Fahrradfreundlichkeit aufgrund der vielen Autos und der Tatsache, dass hier täglich 1.500 Kinder wegen der KGS Clenze, der Grundschule, der beiden großen Kindergärten etc. unterwegs seien. Er fragt, ob Herr Seifert bei der Planungsphase der Sanierungsmaßnahmen der Landesstraße auch tätig werden würde und bei der Erstellung des Planungskonzepts beratend unterstützen bzw. direkt mit Herrn Möller von der Landesbehörde für Straßenbau zusammenarbeiten könnte.

**Herr Seifert** verneint dies und merkt an, dass der Landkreis so keinen direkten Einfluss auf dies Landesbehörde nehmen könne. Jedoch gäbe es regelmäßige Abstimmungsrunden mit der Landesbehörde

für Straßenbau und Herr Seifert stehe hier in Kontakt. Der Landesbehörde seien die Probleme bekannt. Es gäbe eine Prioritätenliste, in der vordringliche und erweiterte Bedarfe festgehalten würden. Jedoch könne er nicht sagen, ob der Clenzer Abschnitt hier mit aufgeführt sei.

**KTA Tzscheueutschler** antwortet, dass dieser Straßenabschnitt innerorts sei. Ein anderer Abschnitt sei der Lückenschluss zwischen Kassau und Spithal, der in der Prioritätenliste aufgeführt sei. Dieser Abschnitt sei für den Südkreis sehr wichtig.

**Herr Seifert** bemerkt, dass er diese Anliegen eher im Radverkehrskonzept verorten würde. In das Radverkehrskonzept würden die Baulasten vom Land und von den Gemeinden mit einfließen. Infolgedessen würde geplant werden, wie solche Projekte aussehen könnten und anschließend mit dem Land kommuniziert und in die nächste Abstimmungsrunde gebracht mit der Landesbehörde für Straßenbau. Für die nächste Abstimmungsrunde stehe jedoch noch kein Termin fest.

**KTA Hensel** kommt zurück zum TOP und betont, dass sich eine AGFK-Mitgliedschaft lohne. Ihm sei der Austausch mit anderen wichtig, um zu schauen, welche Lösungen andere ländliche Kommunen wie umsetzen. Es brauche pragmatische Lösungen, um im Radverkehr voranzukommen. Deshalb stimme er für eine Fortsetzung der AGFK-Mitgliedschaft.

**Vorsitzende Wiehler** fragt bezüglich der Zusammenarbeit mit den Kommunen zum Thema Öffentlichkeitsarbeit, da hier die Vorrangroute Hitzacker benannt worden sei, ob eine Kooperation mit Herrn Beckmann auf Samtgeiende-Ebene existiere. Oder wie dies funktioniere, wenn die Samtgemeinde kein AGFK-Mitglied sei, sondern nur der Landkreis.

**Herr Seifert** antwortet, dass er in diesem konkreten Fall der Bauernstraße und der Neue Straße in Hitzacker ein Infopaket besorgt und dies mit Herrn Weiß besprochen habe. Das Paket umfasse Plakate und Flyer mit Informationen, was eine Fahrradstraße sei, was die Rechte der einzelnen Verkehrsteilnehmenden seien und welche Vorteile diese Straße habe.

**Vorsitzende Wiehler** stellt fest, dass der Weg dann derzeit noch über die Politik laufe, da Herr Weiß Stadtratsmitglied sei. Sie schlägt vor, den Samtgemeinden diesen Service der Infopakete aktiv anzubieten, um den Multiplikator von Landkreis-Ebene auf Samtgemeinde-Ebene zu bringen und bittet Herrn Seifert, mit Herrn Beckmann von der Samtgemeinde Elbtalaue in Kontakt zu treten.

**Vorsitzende Wiehler** erwähnt darüber hinaus das Schaubild der Prüfungsschemata für die Festlegung von Geschwindigkeitsbegrenzungen außerorts. Sie stellt fest, dass es nicht möglich sei, Geschwindigkeitsbegrenzungen für die Sicherheit von Fahrradfahrenden einzuführen. Geschwindigkeitsbegrenzungen könnten nur festgelegt werden, wenn es z.B. Parkplätze, Krankenhäuser o.ä. gäbe. Sie schlägt vor, mit diesem Thema an den AGFK heranzutreten als spezielles Anliegen für den ländlichen Raum auch Geschwindigkeitsbegrenzungen für die Sicherheit von Fahrradfahrenden festlegen zu können, da sonst kein Weiterkommen sei, wenn die Gesetze es nicht hergäben.

**Die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) wird fortgesetzt.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen - Ja-Stimmen: 9, Nein-Stimmen: 0, Enthaltung: 0

|                                                                                              |          |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| <b>4. Energetisches Quartierskonzept Schulcampus Dannenberg<br/>(Förderprogramm KfW 432)</b> | 2023/618 |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|----------|

**Frau Dittmer** stellt den Sachverhalt anhand einer Präsentation (siehe Anhang) vor. Während des Vortrags wurden diverse Fragen zu einzelnen Inhalten gestellt, die im Folgenden protokolliert wurden.

**Frau Dittmer** erklärt im Themenabschnitt der Maßnahmen die Einführung einer gemeinsamen Abrechnungsdienstleistung über alle Kreiseinheiten – das sog. Strombilanzkreismodell. So kann der produzierte PV-Strom von einem Gebäude bilanziell in einem anderen Gebäude oder in einer anderen Liegenschaft genutzt werden. *Nachtrag (bei Interesse): Das Strombilanzkreismodell wird in einer aufgezeichneten Online-Veranstaltung der Landesenergie- und Klimaschutzagentur Mecklenburg-Vorpommern GmbH (LEKA MV) erklärt: <https://youtu.be/ZFeNVVj06ks>.*

**Vorsitzende Wiehler** fragt, welche Entitäten unter dieses Strombilanzkreismodell gefasst werden könnten.

**Frau Dittmer** antwortet, dass dies alle kreiseigenen Gebäude umfasse. Dabei gehe es spezifisch darum, in welcher Eigentümerschaft das Gebäude läge. Es gäbe hier jedoch zwei Stufen: Man könne einen Bilanzkreis ziehen mit einem Radius von 4,5 km um das Gebäude, wobei auch die Stromsteuer entfalle. Oder man ziehe

den Kreis größer und beziehe alle kreiseigenen Gebäude landkreisweit mit ein. Bei dieser Variante falle zwar die Stromsteuer an, diese betrage jedoch nur wenige Cent (*Nachtrag zum Protokoll: 2 Cent*). Insgesamt koste die Abrechnungsdienstleistung ca. 10.000 Euro pro Jahr, wobei der Return sehr viel größer sei. Der Main-Taunus-Kreis habe für das vergangene Jahr 200.000 Euro prognostiziert.

**Beratendes Mitglied Busse** fragt, wie oft diese Bilanz erstellt werde.

**Frau Dittmer** erläutert, dass dafür gewisse Zähler eingebaut werden müssten, die alle 15 Minuten einen Abgleich vornähmen. Dann würde in der Jahresbilanz geschaut (die sog. Abrechnungsdienstleistung), wie viel Strom über das Bilanzkreismodell gelaufen sei – wie viel eingespeist worden sei und wie viel Bezug es aus dem Netz gegeben habe. Dies sei Teil der Jahresabrechnung, so dass man einmal im Jahr das Geld wiederbekäme.

**Vorsitzende Wiehler** merkt an, dass dies ein Anreiz sei, PV-Anlagen je nach Tageszeit auszurichten. Richte man PV-Anlagen nur nach Süden aus, müsste der Hauptverbrauch mittags liegen.

**Frau Dittmer** entgegnet, dass es wichtig sei zu schauen, zu welcher Tageszeit wie viel Strom verbraucht würde. Im Kreishaus werde der Strom tagsüber zu den gängigen Geschäftszeiten verbraucht, E-Autos würden jedoch nachts geladen. Es könne geprüft werden, ob Ost-/West-PV-Anlagen sinnvoll seien.

**Beratendes Mitglied Münch** fragt, ob es nicht sinnvoller sei, das vorhandene Gebäudenetz zu nutzen und zu betreiben, anstatt einzelne Wärmepumpen für die einzelnen Gebäude einzurichten.

**Franziska Dittmer** bittet Herrn Manfred Schrodts vom Gebäudemanagement zu antworten.

**Herr Schrodts** antwortet, das ursprünglich in Richtung Gebäudenetz gedacht und vorsorglich unter dem neu gestalteten Schulhof entsprechend eine Leitung verlegt worden sei, um ein Wärmeversorgungsnetz vorzubereiten. Allerdings bedinge ein solches Wärmenetz, dass es irgendwo ein „Feuer“ gäbe. Feuer bedeute, dass etwas verbrannt werde, wobei CO<sub>2</sub> entstünde. Am Campus Dannenberg ist aber durch Ersatzneubauten und hochwertige Sanierung möglich gebäudeweise Wärmepumpen zu installieren, da die benötigten Vorlauftemperaturen gering seien.

**Frau Dittmer** ergänzt, dass es in einem Wärmenetz hohe Verluste gäbe, weil der Erzeuger dort eher am Rand platziert sei. Eine weitere Lösung wäre eine Großwärmepumpe in Kombination mit anderen Energieerzeugern, jedoch seien die Verluste in einem Wärmenetz einfach zu hoch. Der Vorteil bei der vorgeschlagenen Lösung sei, dass die einzelnen Wärmepumpen nach jedem Bauabschnitt bereits in den neu gebauten oder sanierten Gebäuden installiert und in Betrieb genommen werden könnten und nicht auf die Einrichtung eines gesamten Netzes nach Abschluss der gesamten Baumaßnahmen gewartet werden müsste. Darüber hinaus seien die Dämmhüllen der neuen oder sanierten Gebäude so optimiert, dass sie effizient mit einer Luftwärmepumpe betrieben werden könnten. Im Bericht des Energetischen Quartierskonzepts könne die Diskussion und Begründung für die Entscheidung auch noch einmal nachgelesen werden. (*Nachtrag zum Protokoll: auf S. 30 f.*)

**Herr Schrodts** ergänzt, dass so schrittweise – nach Abschluss der einzelnen Bauphasen - aus der Gasbeheizung ausgetreten werden könne. Insgesamt gäbe es noch drei Gasheizkessel in den Kellern der einzelnen Gebäude. Der erste könnte dann schon in naher Zukunft abgeschaltet werden.

**Beratendes Mitglied Münch** fragt nach, ob das bestehende Wärmenetz dann bleibe ohne weiter genutzt zu werden.

**Herr Schrodts** antwortet, dass dies eine Option sei, da es ja bereits im Boden läge.

**Beratendes Mitglied Münch** führt aus, dass es den Ansatz gäbe, mit einer zentral eingerichteten Großwärmepumpe ein kaltes Wärmenetz zu betreiben. Dann gäbe es nur noch kleine Wärmepumpen in den Gebäuden.

**Herr Schrodts** antwortet, dass dies auch denkbar sei.

**Frau Dittmer** ergänzt, dass diese Option mitgedacht worden sei, diese Variante jedoch abgelehnt wurde, da eine Großwärmepumpe Schallemissionen habe, weshalb sie dann etwas weiter außerhalb installiert werden müsste. Dann wiederum ergäben sich Verluste aufgrund der weiteren Entfernungen, die nicht effizient seien.

**KTA Carmienke** fragt, ob die Sporthalle hier auch mit angeschlossen sei.

**Frau Dittmer** verneint dies. Die Sporthalle sei angeschlossen an die Fernwärme und laufe zusammen mit

dem Hallenbad größtenteils über Abwärme den Biogas-BHKW der EVE am Freibad.

**KTa Tzscheutschler** merkt an, dass es einen Kreistagsbeschluss dazu gäbe, dass auf der Sporthalle in Clenze PV-Anlagen installiert würden. Dies würde sehr gut in das Stromkreismodell passen. Er fragt, weshalb hier noch nichts passiert sei.

**Herr Schrodtt** antwortet, dass das Geld seit diesem Haushaltsjahr bereitgestellt sei und dies demnächst umgesetzt werde. Aufgrund von personellen Engpässen komme man bei diesem Thema nicht ganz so schnell voran. Er bittet um etwas Geduld.

**Frau Dittmer** merkt an, dass sich um ein solches Stromkreisbilanzmodell erst einmal gekümmert werden müsse und Kapazitäten hierfür aufgebaut werden müssten. Momentan gäbe es noch nicht ausreichend viele PV-Anlagen, dass es sich lohne. Jedoch müssten zunächst das Personal und die Kapazitäten dafür aufgebaut werden.

**KTa Carmienieke** fragt, ob das Strombilanzkreismodell auch über Kreisgrenzen hinweg funktionieren könnte, da das Gebäudemanagement gemeinsam mit dem Landkreis Uelzen und der Stadt Uelzen geführt werde.

**Frau Dittmer** verneint dies, da für dieses System die Eigentümerschaft der Gebäude relevant sei. Daher sei möglicherweise auch kein Zusammenschluss mit den Samtgemeinden möglich.

**Beratendes Mitglied Dannenberg** stellt fest, dass die bestehenden Heizungsanlagen des Schulcampus Dannenberg bereits ein sehr hohes Alter erreicht hätten.

**Herr Schrodtt** erklärt, dass die Heizungsanlage von 1998 eine redundante Anlage sei und die Hauptlast von dem 2002 angeschafften Heizkessel laufe.

**Frau Dittmer** bestätigt dies und betont, wie wichtig daher eine Sanierung der Gebäude sei, um sich von den alten Heizungsanlagen zu trennen.

**Vorsitzende Wiehler** fragt zur Empfehlung der Gründung einer Betreibergesellschaft, ob dies legal sei, wenn jemand anders das Netz betreibe?

**Frau Dittmer** antwortet, dass dies z.B. ein Tochterunternehmen des Landkreises sein könnte. Die genaue Ausgestaltung müsse noch entwickelt werden.

**KTa Anja Flöter** fragt, wie lange die Bauphase dauern werde.

**Herr Schrodtt** antwortet, dass die Bauphase ungefähr 6 Jahre dauern werde unter der Voraussetzung, die finanziellen Mittel bewilligt würden und bereitstünden.

**Frau Dittmer** ergänzt, dass die Bauphase schrittweise vorangehen werde und der laufende Schulbetrieb gewährleistet sein muss.

**KTa Beckmann** fragt zu den Angaben der CO<sub>2</sub>-Einsparungen, weshalb einmal ein Wert genommen werde von 0,56 kg pro kWh und sonst die Rede von 0,46kg pro kWh.

**Frau Dittmer** erläutert, dass die KfW normative Vorgaben mache bzgl. der Berechnung, die auch den Förderprogrammen hinterlegt seien, während das Umweltbundesamt (UBA) den tatsächlichen Strommix des jeweiligen Vorjahres berechne. Eine Variante sei auch, ob die Vorkette mit eingerechnet werde oder nicht. Frau Dittmer nimmt dieses Thema mit und liefert die Informationen nach. *Nachtrag zum Protokoll: Bei der KfW wird – als normative Vorgabe – mit einem Faktor von 0,56 kg CO<sub>2e</sub> pro kWh Strom gerechnet, der Faktor ist abgeleitet aus dem GEG Anlage 9 (zu § 85 Absatz 6), Umrechnung in Treibhausgasemissionen) Absatz 3 Nr. 12. Das Umweltbundesamt (UBA) berechnet aus dem tatsächlichen Strommix den CO<sub>2</sub>-Faktor für das vorausgegangene Jahr. Laut UBA verursachte die Erzeugung einer Kilowattstunde Strom im Jahr 2022 durchschnittlich 434 Gramm CO<sub>2</sub> – also 0,434 kg CO<sub>2e</sub> pro kWh Strom – ohne Vorketten-Emissionen. Desto höher der Anteil (über das Jahr gerechnet) an Erneuerbaren Energien im dt. Strommix eines Jahres ist, desto geringer der CO<sub>2</sub>-Faktor. Im Jahr 2020 betrug der Faktor (resultierend aus der geringeren Stromnachfrage im Zuge der Corona-Pandemie) 369 g CO<sub>2</sub> pro kWh. Weitere Informationen des UBA zur Entwicklung des CO<sub>2</sub>-Faktors im deutschen Strommix stehen hier zum Download bereit:*

[https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2023\\_05\\_23\\_climate\\_change\\_20-2023\\_strommix\\_bf.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2023_05_23_climate_change_20-2023_strommix_bf.pdf)

**Vorsitzende Wiehler** dankt für den Vortrag und schließt den TOP.

Kenntnis genommen.



**KTA Klepper** stellt den Antrag der SOLI-Fraktion anhand der Sitzungsvorlage vor.

**Herr Seifert** betont, dass die Kreisverwaltung verstärkt an dem Thema arbeite und ein Kulturwandel bzgl. des Fahrradfahrens stattfände. FD 60 habe kürzlich diverse Austauschtermine zur Förderung des Fahrradverkehrs gehabt – auch bzgl. spielerischer Ansätze für Schülerinnen und Schüler. Herr Seifert sagt, dass dieses Thema auch Bestandteil des ganzheitlichen Radverkehrskonzepts sein werde. Das Fahrrad solle im Allgemeinen als wichtiges Verkehrsmittel für den Alltag ins Zentrum gestellt werden. Auch im Projekt „Neue Räder für neue Wege“ sei das Thema integriert, da es hier darum gehe, Maßnahmen zu entwickeln, die ganz nah an der Realität der Menschen ansetzen, um den Fahrradverkehr zu fördern.

**KBD Stellmann** ergänzt, dass der Kreisverwaltung bewusst sei, dass ein Bewusstseinswandel stattfinden müsse. Die Frage sei nur, wie dies gut gelänge. Ein erster Schritt sei, bei Kindern anzusetzen, damit diese lernten, dass Fahrradfahren zum Alltag dazugehöre. Deshalb seien in der Sitzungsvorlage insbesondere Fördermöglichkeiten im Bereich Schule, Kinder, Jugend enthalten. Darüber hinaus könne gerne recherchiert werden, ob es weitere Möglichkeiten gäbe, diese Thematik anzugehen. Dies könne für die Ausschusssitzung im September vorbereitet werden.

**KTA Flöter** merkt zum einen an, dass sehr viel von den in der Sitzungsvorlage aufgelisteten Projektideen bereits an den Schulen laufe. Sie bittet die Kreisverwaltung darum konkret zu schauen, was es an den regionalen Schulen bereits gäbe und was noch ergänzt werden könnte. Zum anderen spricht sie sich dafür aus, dass es keine vernünftige Infrastruktur für den Radverkehr geben müsse, damit Menschen gern und öfter mit dem Fahrrad fahren. Vor allem für die Sicherheit von Kinder sei dies ein wichtiges Thema. Sie meint, dass nur durch die Förderung der Motivation nicht so viel erreicht werden könne.

**KTA Hensel** wirft ein, dass beim Thema Radverkehr Schritt für Schritt vorgegangen werden müsse, sich der Landkreis jedoch bereits auf dem Weg befände. Erfreulicher Weise sei nun ein hauptamtlicher Radverkehrskoordinator mit Herrn Seifert gefunden worden, der jedoch auch erst einmal Zeit benötige, um Dinge auf den Weg zu bringen. KTA Hensel lehnt ab, dass neue kostspielige Vorträge zum Thema Radverkehr organisiert würden, bei denen zu wenige Menschen im Publikum säßen. Er schlägt vor, pragmatisch an die Lösung heranzugehen und konkret zu schauen, wie Fahrrad-Verkehrswege entwickelt werden müssen, die die Sicherheit von Radfahrenden gewährleisten. Der Ansatz bei Kindern sei sinnvoll, da so auch die Eltern erreicht würden. Er würde dem Beschluss des Antrags zustimmen.

**KTA Carmienieke** ergänzt, dass ein entscheidender Faktor der Ausbau des ÖPNV sei. Er gehe davon aus, dass mehr Menschen Fahrrad fahren würden, wenn die Anknüpfungspunkte zum ÖPNV gut mitgedacht wären, da bei den Distanzen im Landkreis das Thema Zeit ein Hinderungsgrund dafür sei, das Fahrrad zu nehmen.

**Vorsitzende Wiehler** erwähnt ein Beispiel, mit dem sie dem Anliegen von KTA Klepper zustimmen möchte. In Hitzacker gäbe es auch das Vorurteil, das Schulkinder aufgrund der mangelnden Sicherheit im Straßenverkehr nicht Fahrrad fahren sollten. Daher wurde ein sicherer Raum im Bereich der Schulen angelegt. Am meisten Unterstützung gab es bei dem Vorhaben von den Anwohnern, weil diese sich gefreut hätten, dass die Autos nun endlich langsamer fahren würden. Es sei wichtig, insbesondere die Schulleitern zu überzeugen, da diese oftmals die fehlende Verkehrssicherheit auf den Straßen vorschöben, um ihre Kinder guten Gewissens mit dem Auto zur Schule fahren zu können. Oftmals sei es eine Stimmungsangelegenheit, nicht immer eine Frage der Ausstattung.

**KTA Carmienieke** führt das Beispiel Warschau an, wo genug Platz sei für Fahrradfahrende, Fußwege und Autos nebeneinander.

**Herr Seifert** wendet ein, dass es eines Kulturwandels bedürfe. Daher sei Öffentlichkeitsarbeit ein sehr wichtiges Instrument bei diesem Vorhaben. Vorträge können ein möglicher Kommunikationsweg sein, um einen solchen Wandel anzustoßen. Es sei notwendig, verschiedenste Menschen anzusprechen. Herr Seifert erwähnt eine Umfrage des ADFC, nach der die Bevölkerung in vier Typen eingeteilt wurde hinsichtlich ihrer Bereitschaft Fahrrad zu fahren. Demnach gäbe es 30%, die nie Fahrrad, die auch mit Kommunikationsmaßnahmen nicht zu erreichen seien; 1%, die immer mit dem Fahrrad fahren (Quelle ADFC <https://www.adfc.de/artikel/die-vier-typen-von-radfahrenden-als-grundlage-der-radverkehrsplanung>). Es seien die Menschen dazwischen, die auf verschiedenen Kanälen angesprochen werden müssten. Deshalb müsse die Kommunikation breit gefächert sein.

**FDL Harlfinger-Düpow** sagt, dass das Thema Förderung für Radverkehr bereits sehr oft auf der Agenda

gestanden habe. Sie bitte darum zu bedenken, dass Herr Seifert nun seit vier Monaten im Hause sei. Es stünden diverse Themen an wie das Radverkehrskonzept oder das Projekt „Neue Wege neue Räder“, in die eine Einarbeitung zwingend notwendig sei. FDL Harlfinger-Düpow ergänzt, dass Mobilität im FD 60 immer vernetzt gedacht werde. So habe es ein Online-Treffen mit der GUVH gegeben, die sich mit der Schulwegsicherheit von Schulkindern beschäftige. Die GUVH habe ein Projekt zur Vermeidung von Elterntaxis gestartet. Im Rahmen des schulischen Mobilitätsmanagements habe sich der Landkreis Lüchow-Dannenberg beworben und stehe derzeit auf der Warteliste. Sie ergänzt, dass der Landkreis bereits auf einem guten Weg sei, was schulische Mobilität aber auch die Verzahnung von ÖPNV und Radfahren angehe.

**KTA Klepper** fasst zusammen, dass es ihm genau um die 70 Prozent der Menschen aus der ADFC-Studie gehe. Diese müssten erreicht und Fahrradfahren zum „Mainstream“ gemacht werden.

**Vorsitzende Wiehler** leitet die Abstimmung ein und formuliert den Beschlussvorschlag:

**Die Verwaltung wird beauftragt zu recherchieren, welche Fördermöglichkeiten und Projekte es gibt, Veranstaltungen in Schulen und Öffentlichkeit zu finanzieren, in denen die Bedeutung des Fahrradfahrens im Mittelpunkt steht, z.B. auch durch Informationsveranstaltungen externer Fachleute oder Aktionen entsprechender Organisationen wie AKTIONfahrrAD (Vorstellung der Ergebnisse im Ausschuss am 6. September 2023).**

Abstimmungsergebnis: geändert einstimmig empfohlen - Ja-Stimmen: 6, Nein-Stimmen: 3 Enthaltung: 0.

|                                                                                                                                            |          |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| <b>6. Antrag der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 28.04.2023: Sanierung des Radweges an der K8 mit einem Mineralgemisch</b> | 2023/576 |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|

**KTA Klepper** stellt den Antrag anhand der Sitzungsvorlage vor und bittet mit dem SOLI-Antrag darum, sich mit den Vorteilen der Radwege mit Mineralgemisch zu befassen.

**KBD Stellmann** antwortet, dass genau dieses Thema im Fachausschuss am 15.02.2023 bereits diskutiert worden und die Verwaltung vom Kreistag beauftragt sei, ein Konzept zu erarbeiten. Das Konzept müsse ausgeschrieben werden, was einige Monate dauern werde. Wenn das Konzept fertiggestellt sei, könne das Konzept im Fachausschuss vorgestellt werden. Die K8 aus dem SOLI-Antrag sei jedoch ein ungünstiges Beispiel, da es hier rechtliche Probleme gäbe wie in der Sitzungsvorlage dargelegt sei. Der Fachausschuss bittet darum, den Antrag zurückzustellen, bis die Prüfungsergebnisse zu Sanierungsmöglichkeiten von Radwegen mit Mineralgemisch vorläge und einigt sich auf folgenden Wortlaut:

**Der Antrag wird zurückgestellt, bis die Prüfungsergebnisse des Beschlusses zu Radwegsaniierungsmaßnahmen an Kreisstraßen 2023 (203/524) abgeschlossen ist und im Fachausschuss vorgestellt wird.**

**Der Antragsteller hat diesem Vorgehen zugestimmt. Eine Beschlussfassung im Kreisausschuss und Kreistag ist daher zunächst nicht notwendig.**

zurückgestellt

|                                                                                                                                                                    |          |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| <b>7. Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 12.05.2023: Finanzielle Unterstützung des LK bei Förderung von PV-Kleinanlagen durch Gemeinden</b> | 2023/617 |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|

**KTA Beckmann** stellt den SPD-Antrag anhand der Sitzungsvorlage vor.

**KBD Stellmann** ergänzt zur Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzungsvorlage, dass dieses Thema aus Klimaschutzsicht eher kritisch zu bewerten sei. Dafür bittet Sie Frau Dittmer um Ergänzung. KBD Stellmann referiere nun die Stellungnahme des Fachdienstes Finanzen: Kommunen seien finanziell besser aufgestellt als der Landkreis. Freiwillige Leistungen seien gedeckelt. Wenn es politisch gewollt sein sollte, schlage die Verwaltung vor, dies aus den Mitteln zu nehmen, die ohnehin schon für Klimaschutzzwecke geplant seien. 80.000 Euro seien hier noch frei. Die Verwaltung schlägt vor, 50.000 Euro aus diesen Planungen für dieses Vorhaben zur Verfügung zu stellen.

**KTA Carmienieke** merkt an, dass er diese PV-Kleinanlagen für gut halte. Die Nachfrage scheine da zu sein und werde sich zukünftig voraussichtlich erhöhen. Daher könne eine Gemeinde eine solche Förderung vor Ort gern vornehmen, jedoch sei hier nicht der Landkreis für eine Förderung in Verantwortung zu ziehen. Er



würde bevorzugen, das Geld aus dem Klimaschutz-Fonds zurück zu halten. Daher erhalte der Antrag von ihm keine Unterstützung.

**Frau Dittmer** ergänzt aus fachlicher Perspektive, dass die Installation und der Ausbau von Stecker-PV-Anlagen durchaus sinnvoll sei. Jedoch entfalle ja seit 01.01.2023 die Umsatzsteuer von 19 Prozent auf PV-Anlagen, damit wird der PV-Ausbau weiter beschleunigt. Die Wirtschaftlichkeit der Anlagen sei aktuell gegeben, so dass eine zusätzliche Förderung aus fachlicher Sicht nicht mehr notwendig sei. Die Frage sei jedoch eher politischer Natur, weniger fachlicher Natur. Aus ihrem Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern sei klargeworden, dass Interessierte auch ohne einen zusätzlichen Anreiz PV-Anlagen installieren würden. Mitnahmeeffekte sind daher nicht auszuschließen.

**KTA Hensel** ergänzt, dass das wenige Geld, das zur Verfügung stünde, eher in Projekte gehen solle, wo keine Gelder vorhanden seien und es keine Förderungen gäbe. Aus seiner Sicht sei die Initiative unterstützenswert, jedoch sollte sie nicht vom Landkreis finanziert werden.

**KTA Beckmann** entgegnet, dass es keine Förderung für PV-Anlagen gäbe – sie seien nur umsatzsteuerbefreit. Der Ansatz der SPD sei, die breite Masse zu erreichen. Die Erfahrungen der Gemeinde Gusborn zeigten, dass nur durch die Fördermaßnahmen der Gemeinde einiges in Bewegung gekommen sei.

**KTA Kretschmer** schlägt nach einer angeregten Diskussion als Kompromiss vor, eine maximale Summe in Höhe von 25.000 Euro aus den für den Klimaschutz bereitgestellten Mitteln für dieses Vorhaben festzulegen.

**KBD Stellmann** schlägt vor, um unnötige Bürokratie für die Kreisverwaltung zu vermeiden, dass der Landkreis die Gelder im Allgemeinen ausschütte und ausschließlich Gemeinden, die einen Antrag an den Landkreis stellen, das Geld bekämen. Ansonsten sei die Abrechnung zu aufwändig. Der Fachausschuss einigte sich auf folgende Empfehlung:

**Der Fachausschuss empfiehlt, dass Gemeinden im Landkreis Lüchow-Dannenberg, die die Beschaffung von PV-Steckeranlagen durch ihre Bürgerinnen und Bürger fördern, ihrerseits finanziell unterstützt werden.**

**Der Landkreis Lüchow-Dannenberg stellt dafür 25.000 Euro aus den bereits für das Haushaltsjahr 2023 geplanten Haushaltsmitteln für den Klimaschutz zur Verfügung – für das Haushaltsjahr 2024 werden ebenfalls finanzielle Mittel in Höhe von 25.000 Euro eingeplant. Die Individualförderung pro Anlage wird auf 100 € gedeckelt. Den Nachweis darüber hat die Gemeinde zu führen und mit dem Landkreis abzurechnen.**

Abstimmungsergebnis: geändert mehrheitlich empfohlen Ja-Stimmen: 5, Nein-Stimmen: 2, Enthaltung: 2.

## **8. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen**

### **8.1. Fortschreibung des Masterplans 100% Klimaschutz**

2023/621

**Frau Dittmer** präsentiert den Sachstand anhand einer Präsentation (siehe Anlage).

**KTA Carmienieke** stellt zwei Fragen zum Ausbau der erneuerbaren Energien (EE): 1. Bei der Erstellung des Masterplans 100% Klimaschutz 2016 und 2017 sei ihm das Thema in den Diskussionen zu wenig vorgekommen. Er fragt, ob das Thema in die Diskussionen zur Fortschreibung des Klimaschutzkonzepts aufgenommen werde. Er halte dies für sehr dringlich. 2. Außerdem sei das Leitungssystem für den EE-Ausbau ein sehr wichtiger Aspekt, um die Energie ins Netz einzuspeisen. Die CDU werde hier in Zukunft diverse Anträge in den Fachausschuss einbringen sowie vorschlagen, die Leitungsbetreibenden in den Fachausschuss einzuladen. KTA Carmienieke fragt, welche Ansätze es gäbe, diese Thematik in die Fortschreibung des Masterplans zu integrieren.

**Frau Dittmer** erläutert zunächst, dass das Bilanzierungssystem Kommunal (BISKO) für ländliche Kommunen ein Problem darstelle, da das System vorgebe, in der Bilanz den deutschen Strommix zu verwenden - ganz unabhängig davon, wie viel EE auf dem Gebiet des Landkreises zugebaut würden oder nicht. Hintergrund dafür sei, dass große Städte wie Hamburg oder Berlin auf ihrer Fläche nicht ausreichend EE produzieren könnten, um den Verbrauch der Stadt zu decken. Daher würden in BISKO die EE zwar aufgenommen, jedoch nur nachrichtlich. Um die Systematik einzuhalten, werde dies bei der Fortschreibung des Masterplans wieder genauso gemacht. Jedoch seien schon im ersten Masterplan Grafiken zu den Zielen des Ausbaus von EE aufgeführt gewesen, die darstellten, wie viele PV- und Windkraftanlagen zusätzlich gebaut werden müssten. Auch das werde es bei der Fortschreibung beibehalten. Somit werde die BISKO-Methodik und die THG-Bilanz weiterhin angewandt, Ziele zum Ausbau von PV- und Windkraftanlagen würden jedoch vsl. durch verschärfte Bundes- und Landesvorgaben angehoben werden müssen.. Aufgabe

der ländlichen Kommunen sei es ja, die städtischen Bereiche mitzuversorgen.

**Frau Dittmer** antwortet auf die zweite Frage zum Ausbau des Leitungssystems, dass im Prozess der Fortschreibung des Klimaschutz-Masterplans natürlich auch Kontakt zu den Netzbetreibern aufgenommen werde. Es werde versucht, hier Fachgespräche zu initiieren. Ohnehin würde der Kontakt hergestellt, da die Netzbetreiber diverse Daten für die Erhebung der Verbräuche zuliefern müssten.

**KTA Carmienke** ergänzt, dass er demnächst einen Antrag stellen werde, die Netzbetreiber in den Fachausschuss einzuladen, um zu hören, wie deren Gedanken seien zum Ausbau von EE.

**KTA Klepper** merkt an, dass ihm schon 2015 der Begriff "100% Klimaschutz" als Titel für ein Klimaschutzkonzept missfallen habe. Der Landkreis befände sich aus seiner Sicht nicht auf dem Weg, das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen. Gleichermäßen kritisiert er die Begrifflichkeit "Klimaneutralität bis 2045" – das können nicht erreicht werden. Unabhängig davon fände er es jedoch gut, fortzuschreiben, welche Aktivitäten der Landkreis für den Klimaschutz vornähme.

**Frau Dittmer** ergänzt, dass auf Grundlage fachlicher Empfehlungen nicht mehr der Begriff "Klimaneutralität" verwendet werden solle, sondern dass die Fachliteratur empfehle, "Treibhausgasneutralität" zu verwenden. *Nachtrag zum Protokoll: Klimaneutralität ist ein Zustand, bei dem menschliche Aktivitäten im Ergebnis keine Nettoeffekte auf das Klimasystem haben. Dies umfasst auch regionale oder lokale biogeophysische Effekte haben (z.B. Änderung der Oberflächenalbedo). Die Oberflächenalbedo ist ein Maß für die an der Erdoberfläche reflektierte Sonneneinstrahlung. Da Kommunen u.a. Straßen und Gebäude unterhalten müssen, ist eine „Klimaneutralität“ kaum erreichbar. Daher wird empfohlen den Begriff Treibhausgasneutralität zu verwenden, der ein „Netto-Null der Treibhausgasemissionen“ umfasst. Quelle: Umweltbundesamt ((2021): Treibhausgasneutralität in Kommunen, URL: [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2021-07-02\\_factsheet\\_treibhausgasneutralitaet\\_in\\_kommunen\\_0.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2021-07-02_factsheet_treibhausgasneutralitaet_in_kommunen_0.pdf)*

**Vorsitzende Wiehler** dankt für die Auflistung der abgeschlossenen und laufenden Klimaschutz-Maßnahmen in der Sitzungsvorlage. Zum Projekt "Jung saniert Alt" fragt sie, wie viele Sanierungen hier gefördert wurden.

**Frau Dittmer** antwortet, dass es insgesamt 20 Projekte waren, die jeweils 4.000 Euro bekommen hätten aus Mitteln der GWBF.

**KTA Allgayer-Reetze** fragt zum Begriff Treibhausgasneutralität, ob sich dieser nur auf CO2 beziehe.

**Frau Dittmer** verneint dies und sagt, dass der Begriff alle Treibhausgase umfasse.

**Vorsitzende Wiehler** schließt den TOP.

Kenntnis genommen

|                                                                                                  |          |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| <b>8.2. Anfrage der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 28.04.2023: Solarpaneele</b> | 2023/574 |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|

Die schriftliche Antwort auf die Anfrage in der Sitzungsvorlage reicht dem Antragsteller aus.

Kenntnis genommen

|                                                                        |          |
|------------------------------------------------------------------------|----------|
| <b>8.3. Sachstandsbericht Förderprojekt „Neue Wege für neue Räder“</b> | 2023/629 |
|------------------------------------------------------------------------|----------|

**Herr Seifert** berichtet, dass in das Projekt "Neue Wege für neue Räder" richtig Bewegung reinkäme. In den nächsten Wochen werde er das Projekt in Gänze von Frau Dittmer übernehmen. Bereits jetzt sei Herr Seifert Ansprechpartner und Kommunikator nach außen für das Projekt. Insgesamt umfasse das Projekt fünf Themenbereiche, zu denen Herr Seifert kurz den Sachstand präsentiert.

1. Ausbau der Wegerouten R1, R2 und R3: Der Ausbau der R2 zwischen Wustrow und Lüchow befinde sich derzeit in der Ausschreibung. Die Submission sei für den Juni 2023 geplant. Im 3. Quartal solle mit dem Bau begonnen und bis Jahresende solle der Bau beendet werden.
2. Monitoring Radwandererrouten: Anfang Mai sei damit begonnen worden, Zähler an den Radwegen aufzustellen. Die Zähler würden für jeweils eine Woche den Radverkehr messen, um eine Datengrundlage für die Wegerouten zu erfassen und Vergleichswerte für später zu sammeln. Beim Fachausschuss am 8.11.2023 würden die Ergebnisse der Zählungen von dem beauftragten Planungsbüro vorgestellt. Die Zählungen seien im Vorfeld über Pressemeldungen bekannt gemacht worden.

3. E-Fahrrad-Verleih: Zum 2.05.2023 sei der E-Fahrrad-Verleih gestartet. Die Resonanz auf den Verleih war so groß, dass die begleitende Werbekampagne zunächst zurückgestellt worden sei. Innerhalb von drei Tagen bis einschließlich Oktober 2023 seien alle Räder ausgebucht. Insgesamt stünden acht Pedelecs zur Verfügung, davon seien zwei Lastenräder. Zusätzlich gäbe es einen Kindertransporter sowie vier Kinderräder. Diese Räder könnten sich für jeweils einen Monat ausleihen werden, um im Alltag zu testen, ob Wege mit dem Pkw ersetzt werden können. Die Rückmeldungen der Nutzerinnen und Nutzer der Pedelecs seien rundum positiv. Drei Menschen hätten sich vorgenommen, sich nun ein eigenes Pedelec anzuschaffen. 90 Prozent der Wege, die sonst mit dem Auto gefahren würden, seien nun mit dem E-Bike zurückgelegt worden. Der Verleih werde von einem Monitoring in Form von Fragebögen zu Beginn und am Ende des Verleihs sowie nach einem Jahr durchgeführt.
4. Radabstellanlagen an den Schulen: Die Vorbereitungen für die Installation seien abgeschlossen. Diesen Sommer würden die Radabstellanlagen in Hitzacker und Lüchow vom Gebäudemanagement aufgestellt. Aufgrund von Liefer- und Personalengpässen sei es zu Verzögerungen gekommen. Die Fundamentlegung müsste abgeschlossen sein.
5. Fahrradboxen mit digitaler Schließfunktion an Verkehrsknotenpunkten und Bahnhöfen: Die Ausschreibungsunterlagen seien fertiggestellt und die Veröffentlichung sei für Juni geplant. In der nächsten Fachausschusssitzung werde ein Angebot vorliegen.

**KTA Klepper** äußert die Meinung, dass die Einrichtung der Fahrradboxen eine Verschwendung von Ressourcen sei.

**Herr Seifert** antwortet, dass das Thema bereits im Fachausschuss am 15.02.2023 diskutiert worden sei. Es gäbe sehr verschiedene Nutzergruppen von Fahrradfahrenden. Einigen sei Sicherheit ein großes Anliegen. Der Ausbau von Fahrradboxen sei ein Trend, der zu einer modernen Fahrradmobilität dazugehöre. Sichere Abstellmöglichkeiten seien für viele eine Grundvoraussetzung, um z.B. mit dem E-Bike zum Bahnhof zu fahren.

**Vorsitzende Wiehler** schließt den TOP.

Kenntnis genommen

#### 8.4. Sachstand Machbarkeitsstudie Reaktivierung Jeetze(I)tbahn

2023/607

**FDL Harlfinger-Düpow** präsentiert den Sachstand anhand Sitzungsvorlage.

**KTA Carmienieke** stellt zwei Fragen zur Bewerbung beim Ideenaufwurf des Landes Niedersachsen im Rahmen des Reaktivierungsprogramms: 1. Weshalb seien die Kriterien nicht erfüllt worden. 2. Warum sei die Samtgemeinde Elbtalaue nicht bei der Antragstellung mit dabei. Zusätzlich merkt er an, dass auch der Altmarkkreis Salzwedel bei der Antragstellung hinzugezogen werden müsste, da die Bahnstrecke ja bis Salzwedel reiche, und fragt, wie hier die Kommunikation mit dem Nachbarkreis aussähe.

**FDL Harlfinger-Düpow** antwortet auf die erste Frage, dass bereits 2013 ein Antrag eingereicht und dieser ebenfalls abgelehnt worden sei. Die neuen Aspekte, die bei dem erneuten Antrag aufgeführt worden sein, hätten nicht für einen Zuschlag ausgereicht. Auf die zweite Frage antwortet sie, dass die Samtgemeinde Lüchow aktiv auf den Landkreis zugegangen sei und daher nur eine Abstimmung mit Lüchow erfolgt sei. Für die Machbarkeitsstudie werde mit dem Altmarkkreis Salzwedel kooperiert. Abstimmungsgespräche würden noch stattfinden.

**KTA Carmienieke** fragt, was passiere, sollte Salzwedel kein Interesse an der Machbarkeitsstudie haben.

**KTA Hensel** trägt vor, dass es sehr erfreulich sei, dass die Machbarkeitsstudie nun durchgeführt werde und ausreichend Fördermittel zur Verfügung stünden. Dass das Land Niedersachsen die Reaktivierungsidee zunächst abgelehnt habe, sei nicht überraschend. Hier müssen man dranbleiben. Zur Frage bzgl. des Interesses von Salzwedel antwortet KTA Hensel, dass Salzwedel seine Hauptstrecken habe und nicht unbedingt ein ähnlich großes Interesse an einer Reaktivierung der Bahnstrecke Lüchow - Salzwedel habe. Wichtig sei jedoch, dass die Machbarkeitsstudie auf den Weg gebracht sei. Es gehe darum, einen Schritt nach dem anderen zu tätigen, da die Reaktivierung der Bahnstrecke ein sehr langer Prozess sei.

**KTA Hensel** erwähnt darüber hinaus, dass der Schnellbus von Lüneburg nach Dannenberg als Ersatz für den Erixx schwer zu finden sei und viele Reisende diesen Bus bereits verpasst hätten, dass sie den richtigen Bussteig nicht gefunden hätten. Hier solle noch einmal geschaut werden, ob dies optimiert werden könne. KTA Hensel stellt den Antrag an den FD 60 FDL Harlfinger-Düpow, sich darum zu kümmern, dass es eine bessere Beschilderung zum Abfahrtsort des Schnellbusses am Busbahnhof in Lüneburg gäbe. Realistischer Weise werde der Erixx erst im November oder Dezember wieder fahren können. Bis dahin sei ein

reibungsloser Ablauf mit dem Schienenersatzverkehr notwendig.

**KTa Carmienieke** merkt an, dass er durchaus für die Machbarkeitsstudie gestimmt habe und dafür sei. Nur müsse man auch darauf vorbereitet sein, dass ggf. es negative Reaktionen auf das Vorhaben geben könne. Die Bahnstrecke führe durch besiedelte Gebiete, was aus seiner Sicht zu Diskussionen führen könnte. Auch das Thema Güterverkehr sei nicht zu vernachlässigen, da dies für die Wirtschaftlichkeit der Bahnstrecke notwendig sei. Diesen Diskussionen müsse man sich stellen.

**KTa Hensel** entgegnet, dass für die Reaktivierung der Strecke nicht nur die Landkreise Lüchow-Dannenberg und der Altmarktkreis oder die Länder diskutieren, sondern auch auf Bundesebene eine Entscheidung getroffen werden müsse.

**Vorsitzende Wiehler** schließt den TOP.

Kenntnis genommen

|                                                                           |          |
|---------------------------------------------------------------------------|----------|
| <b>8.5. Beschaffung eines Radladers für den kommunalen Betriebsdienst</b> | 2023/555 |
|---------------------------------------------------------------------------|----------|

Kenntnis genommen

|                                                                       |          |
|-----------------------------------------------------------------------|----------|
| <b>8.6. Vergabe Auftrag Planung Ausbau K 31 Karmitz - Platenlaase</b> | 2023/548 |
|-----------------------------------------------------------------------|----------|

Kenntnis genommen

|                                                                                                                       |          |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| <b>8.7. Anfrage Bündnis90/Die Grünen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 16.05.2023: Haltestelle Restorf - Bus 8070</b> | 2023/627 |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|

Kenntnis genommen

|                       |
|-----------------------|
| <b>8.8. Sonstiges</b> |
|-----------------------|

**KTa Flöter** fragt aufgrund der aktuellen Pressemitteilung des Landkreises zur Sperrung der Fährstraße Pevestorf, ob die Sperrung tatsächlich am 09.06.2023 aufgehoben würde. Es seien momentan keine touristischen Verkehre dort möglich und wünschenswert sei, dass die Sperrung schnellstmöglich behoben werde.

**KBD Stellmann** antwortet, dass sie sich zu der Frage erkundigen müsse.

*Nachtrag zum Protokoll per E-Mail von Teresa Jürgens am 01.06.2023: Die zeitliche Verzögerung entstand durch eine außerplanmäßige und zusätzliche Fahrbahnsanierung bei Bauarbeiten, wo nur eine Kanalsanierung geplant war. Die Baufirma hat bisher keine erneuten Verzögerungen bei uns gemeldet, so dass wir davon ausgehen, dass die Sperrung spätestens am 09.06.2023 aufgehoben werden kann. Genaueres zu den Bauarbeiten kann Ihnen leider nur der Straßenbaulastträger, in dem Fall die Samtgemeinde Gartow, sagen.*

**Vorsitzende Wiehler** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Da der nicht-öffentliche Teil entfallen war, schließt Vorsitzende Wiehler die gesamte Sitzung um 17.45 Uhr.

gez. Wiehler

\_\_\_\_\_  
Vorsitzende

gez. Roux

\_\_\_\_\_  
Protokollführung